

Terrorismus und in der Aufrechterhaltung der politischen Stabilität, insbesondere nun im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2004 bestünden.¹⁰⁴ Er bezeichnete in diesem Zusammenhang den Separatismus, die kommunalen Konflikte und den Terrorismus als *die* Hauptgefahren für Indonesien. Dabei wird die an die Regierung gerichtete Forderung laut,

die Sicherheitsapparate nicht nur reaktiv, sondern präventiv einzusetzen.¹⁰⁵

Leider stimmen auch politische Organisationen und Parteien außerhalb der Regierung dieser Politik zu bzw. fordern sie sogar nachdrücklich ein.¹⁰⁶ Die latente Gefahr dieser Fokussierung auf Terrorbekämpfung könnte allerdings zu einer Vernachlässigung der Respektierung von Menschenrechten führen.¹⁰⁷

Ein Maßnahmenpaket, das wichtige Ansätze zur Verminderung von Konfliktpotential impliziert, sollte die folgenden Eckpunkte beachten:

- Steigerung der Investitionen, Stärkung der regionalen Wirtschaft, Verbesserung der Infrastruktur, Bildung etc. Dazu zählt auch eine Beendigung ökonomischer »Ausbeutung« der Peripherien¹⁰⁸, d.h. ressourcenreicher Regionen wie Aceh, Papua oder die Molukken. Mit der Politik der Dezentralisierung von Macht auf Provinzebene ist bereits ein Schritt in diese Richtung getan.
- Reduzierung von Menschenrechtsverletzungen durch militante separatistische Gruppen ebenso wie durch Teile der staatlichen Sicherheitskräfte. Sie ist gerade hinsichtlich der Wiederaufnahme von militärischen Beziehungen zwischen USA und Indonesien dringend angeraten. Die USA erhoffen sich durch neue militärische Beziehungen auch Einflussnahme auf das Demokratie- und Menschenrechtsverständnis im indonesischen Militär.¹⁰⁹
- Lösung der Fragen der territorialen Verfasstheit und der normativen Fundierung Indonesiens¹¹⁰: Kompromisse und Interessenausgleich zwischen unterschiedlichen religiösen, ethnischen und politischen Gruppen sind dringend anzuraten.

- 104 Vgl. Govt. to prioritize handling of separatism in 2003, Jakarta Post, 30.12.2002.
- 105 Vgl. RI antiterror policy should focus on prevention: Analysts, Jakarta Post, 11.01.2003.
- 106 Vgl. Die christliche Partei (Love the Nation Democratic Party – PDKB) forderte unter dem Hinweis auf aktuelle terroristische, separatistische Bedrohungen und die Notwendigkeit des Schutzes der territorialen Einheit Indonesiens, die aufgrund der geographischen Gegebenheiten (Inselarchipel) gegeben sei, erhöhte Wachsamkeit des Staates. Außerdem seien die Zusammenarbeit von staatlichen Sicherheitsorganen und der Öffentlichkeit sowie die Einrichtung einer Anti-Terror-Spezialtruppe wichtig. Govt should form special antiterrorist force: PDKB, Jakarta Post, 5.12.2002.
- 107 Vgl. Einschätzung des Aussenpolitik-Experten Prasetyono vom Centre for Strategic and International Studies (CSIS), Int'l pressure on E. Timor trial badly needed, Jakarta Post, 31.12.2002.
- 108 Peripherie und Zentrum beziehen sich bei Leonard Y. Andaya auf ein aus der Kolonialzeit mit der Peripherie kolonialer Außenposten in Indonesien, z.B. den Molukken, Konzept. Dies schlägt sich auch in der Ausbeutung von Ressourcen in der Peripherie durch das Zentrum – in früherer Zeit die Kolonialmächte – in übertragenem Sinn heute durch die Zentralregierung in Jakarta, so die Sicht vieler Mitglieder von separatistischen Gruppen Konfliktgebieten Indonesiens. Vgl. Leonard Y. Andaya, *The World of Maluku: eastern Indonesia in the early modern period*. 1993, University of Hawaii Press, S. 14 f.
- 109 Vgl. Asia Times Online, <http://www.atimes.com/atimes/Southeast/sia/EA15Ae03.html>, 15.01.2003.
- 110 Vgl. Peter Kreuzer, Indonesien auf dem Weg zu einer neuen Ordnung. In: Ulrich Ratsch, Reinhard Mutz, Bruno Schoch (Hrsg.), *Friedensgutachten 2000*. Münster, Hamburg, London. LitVerlag, S. 300-309, S. 309.

Christoph Busch/Markus Birzer

Strategien der Rechtsextremisten im Internet

Christoph Busch, Dipl.-Päd., M.A., Institut für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr Hamburg/Markus Birzer, Dipl.-Pol., Politik- und Unternehmensberater, Berlin.

1. Einleitung

Die Entwicklung des Internets wurde bereits in den 80er Jahren von computeraffinen Rechtsextremisten intensiv verfolgt. Sie wussten frühzeitig um die vielfältigen infor-

mations- und kommunikationstechnischen Innovationen des Internets – und begannen bald, das Netz für ihre Aktivitäten zu nutzen.¹

Als Innovation des Internets in medientheoretischer Hinsicht gilt vor allem dessen Interaktivität²; die Orts- und Zeitunabhängigkeit³; die Tendenz zur Konvergenz der herkömmlichen Massenmedien Print, Presse und Fernsehen⁴ sowie die

- 2 Helmut Schanze, *Digitale Plattform*, in: Helmut Schanze/Manfred Kammer (Hg.), *Interaktive Medien und ihre Nutzer*, Band 4. Theorie der Nutzerrolle, Baden-Baden 2000, S. 13-20; hier: S. 17. Vgl. kritisch zur Interaktion im Internet Otfried Jarren, *Internet – neue Chancen für die politische Kommunikation?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40/1998, S. 13-21; hier: S. 18. In politischer Hinsicht wird die Interaktivität vor allem bezüglich einer möglichen Ausweitung von politischer Partizipation diskutiert. Vgl. dazu Reinhard C. Meier-Walser/Thilo Harth (Hg.), *Politikwelt Internet. Neue demokratische Beteiligungschancen mit dem Internet?* München 2001.

- 3 Vgl. Helmut Schanze, a.a.O., S. 17-18.

- 4 Vgl. Jonathan W Palmer/Lars Eriksen, *Digital News Paper, Broadcast and*

1 Vgl. Thomas Pfeiffer, »Das Internet ist billig, schnell und sauber. Wir lieben es«. o. O., o. J. (www.im.nrw.de/inn/doks/vs/Bpb-neu.pdf, 1.6.2003).

Hypertextstruktur der Webseiten⁵. Nachdem zunächst Journalisten und Verfassungsschützer die mutmaßliche Gefährdung der Demokratie durch diese Entwicklung erkannten, ist das Thema inzwischen auch auf höchster politischer Ebene präsent. So erklärte die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Renate Schmidt, anlässlich der Vorstellung des Jahresberichts »Rechtsextremismus im Internet 2002«⁶ der Organisation »jugendschutz.net«: »Die Tendenz ist Besorgnis erregend«⁷.

Verfolgt man die bisherige Debatte über Rechtsextremismus⁸ im Internet, dann fällt auf, dass viel über Gegenstrategien geredet wird, ohne vorher allerdings zu analysieren, wie und warum die rechtsextremistische Szene das Internet nutzt.⁹ Dass eine Therapie ohne exakte Diagnose eher schaden als helfen kann, liegt auf der Hand. Deswegen ist das Ziel des Aufsatzes zu klären, mit welchen Strategien die Rechtsextremisten das Internet nutzen. Es wird von der These ausgegangen, dass die Strategien für den virtuellen Raum Anpassungen der bereits älteren Strategien für den realen Raum sind. Da die rechtsextremistische Szene kein monolithischer Block ist, sondern vielmehr als soziale Bewegung¹⁰ mit einem breiten Spektrum an Akteuren verstanden werden kann, verfolgen die verschiedenen Akteure gemäß ihrer jeweiligen Rolle in der Bewegung auch unterschiedliche Absichten. Die Analyse konzentriert sich auf die drei Strategieebenen der Kommunikation, der Organisation und der Aktion.

More. Converge on the Internet, in: The international Journal on Media Management, 1/1999, S. 31-34.

5 Vgl. Pierre Lévy, Cyberspace. Universalität ohne Totalität, in: Stefan Bollmann/Christiane Heibach (Hg.), Kursbuch Internet. Anschläge an Wirtschaft und Politik, Wissenschaft und Kultur, Mannheim 1996, S. 56-82; hier: S. 56-58. Vgl. zur kritischen Sicht des Hypertextes Daniel Hügli, Daten und Netze. Akzeptanz, Nutzung und kommunikatives Veränderungspotential der Informations- und Kommunikationstechnologien, (Europäische Hochschulschriften: Reihe 40, Kommunikationswissenschaften und Publizistik; Bd. 66), Bern 1997, S. 76-77.

6 Vgl. Jahresbericht jugendschutz.net., Rechtsextremismus im Internet 2002 (www.bmfsfj.de, dort: »Politikbereiche«, Unterpunkt »Kinder und Jugend«, 20.5.2003).

7 Renate Schmidt, Pressemitteilung vom 19.5.2003 »Zunahme rechtsextremer Internetseiten Besorgnis erregend« (www.bmfsfj.de, dort: »Politikbereiche«, Unterpunkt »Kinder und Jugend«, 20.5.2003.)

8 Normativ wird hier unter Rechtsextremismus »eine antiindividualistische, das demokratische Grundaxiom menschlicher Fundamentalgleichheit negierende Abwehrbewegung gegen die liberalen und demokratischen Kräfte und ihr Entwicklungsprodukt, den demokratischen Verfassungsstaat« (Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 4. Aufl., Bonn 1996, S. 59) verstanden.

9 Beispielhaft etwa Rainer Fromm/Barbara Kernbach, Rechtsextremismus im Internet. Die neue Gefahr, München 2001.

10 Zum Forschungsansatz »Rechtsextremismus als (neue) soziale Bewegung« vgl. u.a. Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung, 4/1994, Wiesbaden; Wolfgang Gessenharter, Rückruf zur »selbstbewußten Nation«. Analyse eines neuerechten frame aus bewegungstheoretischer Sicht, in: Kai-Uwe Hellmann/Ruud Koopmans (Hg.), Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus, Opladen 1998, S. 166-180. Gerade in Bezug auf das Thema Rechtsextremismus im Internet überzeugt der Bewegungsansatz als analytisches Instrument, wie die lesenswerten Dissertationen von Bernd Nickolay und Thomas Pfeiffer zeigen. Vgl. Bernd Nickolay, Rechtsextremismus im Internet. Ideologisches Publikationselement und Mobilisierungskapital einer rechtsextremen sozialen Bewegung, (Spektrum Politikwissenschaft; Bd. 14), Würzburg 2000; Thomas Pfeiffer, Für Volk und Vaterland. Das Mediennetz der Rechten – Presse, Musik, Internet, Berlin 2002.

2. Von virtuellen und tatsächlichen Realitäten

In der Diskussion über die Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten des Internets wurde zum Teil der Anschein erweckt, als ob sich durch das Internet eine neue virtuelle Realität herausbildet, die von der tatsächlichen abgekoppelt ist. Dagegen spricht erstens, dass auch eine virtuelle Realität von tatsächlichen Personen geschaffen und rezipiert wird, die in einer nicht-virtuellen Realität leben. Zweitens kann man darüber streiten, inwieweit die virtuelle Realität dem Selbstzweck dient – der Systemtheoretiker würde von selbstreferentiell sprechen. Offenkundig ist jedoch, dass die rechtsextremen Internetaktivisten über den virtuellen in den realen Raum einwirken wollen. In deren Sichtweise dient das Internet der Propaganda¹¹ und Vernetzung im realen Raum.

Wegen dieser starken Abhängigkeit des virtuellen vom realen Raum bezweifelt der Kommunikationswissenschaftler Otfried Jarren, dass Gemeinschaften, die sich im virtuellen Raum gebildet haben – etwa in Foren –, die Möglichkeiten reale Politik zu betreiben tatsächlich ausschöpfen. Er macht darauf aufmerksam, »dass bestehende soziale Strukturen die Basis für die Entwicklung technisch gestützter Formen bilden.«¹² Das bedeutet, dass in der Regel ein bereits bestehender sozialer Zusammenhang realer Gruppen einer virtuellen Vergemeinschaftung vorausgeht, während umgekehrt virtuelle Gemeinschaften kaum »den ›Sprung aus dem Netz‹ in die soziale Realität schaffen.«¹³ Der Grund liegt seiner Meinung nach in der labilen Struktur der virtuellen Gemeinschaften. Bestehende soziale Gemeinschaften können hingegen mittels der Kommunikationsmöglichkeiten des Internets gleichwohl ihre Arbeitsfähigkeit deutlich erhöhen.

3. Kommunikationsstrategie

In Deutschland (und anderen Industrieländern) distanziert sich die Mitte der Gesellschaft in der Regel zumindest von offen vorgetragenen rechtsextremistischen Ansichten von Personen und Organisationen. Für Rechtsextreme besteht damit das Problem, fast ausschließlich das eigene Lager mit Botschaften zu erreichen. Vor diesem Hintergrund haben die Nouvelle Droite in Frankreich und die Neue Rechte in Deutschland die Strategie des Theoretikers der italienischen Linken Antonio Gramsci übernommen, wonach zunächst die kulturelle Hegemonie errungen werden sollte, um darauf aufbauend die politische zu gewinnen. Anders gesagt: Die Deutungshoheit über die Wirklichkeit geht der Erlangung von Macht im politisch-institutionellen Bereich voraus. Dazu soll das Gedankengut diskursfähig – womit eine Anschlussfähigkeit an die Diskurse der politischen Kultur der Mehrheit gemeint ist – präsentiert werden, mit dem Ziel, die demokratischen Werte zu delegitimieren, indem man diese diffamiert oder neu

11 Vgl. dazu Christoph Busch/Markus Birzer, Rechtsextreme Propaganda im WWW, in: Alexander Siedschlag/Alexander Bilgeri (Hg.), Kursbuch Internet und Politik, Bd. II/2003; i. E..

12 Otfried Jarren, a.a.O. (Anm. 2), S. 19-20.

13 Ebenda, S. 19.

interpretiert.¹⁴ Ein weiteres zentrales Mittel der neurechten Strategie, neben der Umdeutung bzw. Neudefinition von Wirklichkeit, ist politisches Mimikry, also die Verschleierung der tatsächlichen Absichten und Ansichten.¹⁵

Diese neurechten Strategien nutzten die Rechtsextremisten im Internet zunächst in zahlreichen thematischen Foren im sog. USENET und später verstärkt, mit der Popularisierung des Internets durch die Einführung des WWW zu Beginn der 90er Jahre, durch die Kommunikation in Foren, Gästebüchern und Chats der einschlägigen Webseiten. Auch hier wurde festgestellt, dass die Begrenzung der Diskussionen auf die eigene Bewegung unzureichend ist und das Ziel sein muss, eine breitere öffentliche Wirkung zu erreichen. Wegweisend für diese Strategie ist das bereits 1996 veröffentlichte Strategiepapier »Tactics and Strategy for USENET« des Neonazis John Milton Kleim Jr. In diesem postuliert er: »USENET offers enormous opportunity for the Aryan Resistance to disseminate our message to the unaware and the ignorant. [...] We MUST [Hervorhebung im Original, d.V.] move out beyond our present domain, and take up positions on ›Mainstream‹ groups.«¹⁶ Diese Aussage dürfte inzwischen ebenfalls für das WWW gelten. Diesem Anspruch folgend, konkretisiert Kleim in seinem Papier eine hinsichtlich ihrer Wirkung durchdachte Handlungsanweisung für die Beteiligung an Foren und Chats. Im Sinne der politischen Mimikry fordert er: »Except on ›our‹ groups, avoid the Race Issue« oder: »DO NOT EVER post a message that advocates or supports an illegal act or activity.« Die Deutungshoheit soll durch einfache, prägnante Aussagen, Vermeiden von Diskussionen mit politischen Gegnern und ständiges Wiederholen von entscheidenden Themen sowie koordinierte Aktionen mit anderen Aktivisten erreicht werden. Als Delegitimationsstrategie empfiehlt der Autor statt einer argumentativen Auseinandersetzung das gezielte Lächerlichmachen von anderen Meinungen. Ferner sollen andere Nutzer, die sich zustimmend äußern, unter Ausschluss der Netzöffentlichkeit per E-Mail angesprochen werden, um sie dauerhaft für die Bewegung zu gewinnen. Dass Kleims Konzept Handlungsrelevanz für die Rechtsextremisten erlangt hat, ist wegen ihrer Mimikry schwer nachzuweisen.¹⁷ Angesichts der politischen Kultur der Netzöffentlichkeit, die sich in Deutschland am ehesten als mehrheitlich links-liberal charakterisieren lässt, dürfte Kleims Konzept jedoch höchstens partiell aufgegangen sein.

4. Organisationsstrategie

Im Februar 1992 veröffentlichte der US-amerikanische militante Rechtsextremist Louis R. Beam Jr. in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift »The Seditonist«, sein Papier »Leaderless Resistance«¹⁸, in dem eine schlüssige Organisationsstrategie formuliert wird, die man inzwischen auf vielen einschlägigen Webseiten findet. Er plädiert für eine Strategie, die flexibel auf wandelnde Gelegenheitsstrukturen reagieren soll: »Like the fog which forms when conditions are right, and disappears when they are not, so must the resistance to tyranny be.« Er will damit eine Strategie vorschlagen, die auch bei staatlichem Verfolgungsdruck der Bewegung Handlungsspielraum schafft. Das zentrale Organisationselement ist die »Phantom Cell«, die von Individuen oder kleinen Gruppen gebildet wird. Die Phantom-Zellen operieren dabei unabhängig voneinander, berichten weder einer übergeordneten Organisationseinheit noch einem einzelnen Führer und nehmen ferner keine Anweisungen entgegen. Damit diese lose Organisation trotzdem aktionsfähig ist, liegt es in der Verantwortung der Individuen, sich die nötigen Fertigkeiten und Fähigkeiten anzueignen, um zu wissen, auf welche Weise sie auf bestimmte Ereignisse reagieren.

Die Relevanz des Strategiepapiers für die konkrete Organisation der rechtsextremistischen Aktivitäten ist schwer zu belegen. Offenkundig entsprechen verschiedene Anschläge, wie die des »Oklahoma-Bombers« Timothy McVeigh¹⁹ oder des Attentäters Maxime Brunerie, der versuchte, den französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac zu töten, dem beschriebenen Muster von zwar autonom handelnden Individuen, die aber in den militant-rechtsextremistischen Diskurs eingebunden sind.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands haben im Zuge der Zunahme rechtsextremistischer Straftaten die Innenministerien des Bundes und der Länder den Verfolgungsdruck auf rechtsextreme Organisationen, u.a. durch zahlreiche Vereinsverbote, erhöht und die rechtsextreme Infrastruktur empfindlich gestört. Als Folge dieser Politik besann sich die Szene auf eine neue Organisationsstrategie, die vornehmlich durch eine informelle Struktur gekennzeichnet ist.²⁰ Die so genannten »freien Kameradschaften« sind das Ergebnis dieser neuen Strategie. »Einzelne Aktivisten entwickelten seit Mitte der 90er Jahre Konzepte, die auf den selben Grundgedanken zurückgehen: Ohne ›klassische‹ vereinsmäßige Form sollten sich kleine autonome Gruppen (Kameradschaften) bilden, die einen jederzeit mobilisierbaren, gemeinschaftlich agierenden Verbund bilden sollten. Das Motto lautete: Organisation ohne Organisation!«²¹ Diese informelle Struktur lässt die Repressionsstrategie der Innenministerien ins Leere laufen,

14 Zur Neuen Rechten vgl. u.a. Wolfgang Gessenharter, Neue Radikale Rechte, intellektuelle Neue Rechte und Rechtsextremismus. Zur theoretischen und empirischen Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes, in: Wolfgang Gessenharter/Helmut Fröchling (Hg.), Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes? Opladen 1998, S. 25-66; hier: S. 34, 49; Armin Pfahl, Traugbber, Die Erben der »Konservativen Revolution«. Zu Bedeutung, Definition und Ideologie der »Neuen Rechten«, in: Wolfgang Gessenharter/Helmut Fröchling (Hg.), a.a.O., S. 77-95.

15 Vgl. Wolfgang Gessenharter, Kippt die Republik?, Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien, München 1994, S. 139.

16 www.burks.de/tactic.html, 19.3.2003. Vgl. zu dem Strategiepapier Peter Brophy/Jenny Craven/Shelagh Fisher, Extremism and the Internet, (British Library Research & Innovation Report 145), Manchester 1999, S. 27.

17 Anlässlich des Todes von Jürgen W. Möllemann konnte man allerdings in einigen Foren zahlreiche Beiträge lesen, die ihre antisemitische Tendenz nur schwach verbrämen. Vgl. zu antisemitischen Äußerungen im Forum des Magazins Focus Wolfgang Hettfleisch, Völlig meschugge. Nach Möllemanns Tod blüht der Antisemitismus im Netz, in: Frankfurter Rundschau vom 10.6.2003.

18 www.geocities.com/totalresistance/leaderlessresistance.html, 25.3.2003.

19 In seiner Analyse des Bombenattentats kommt Andrian Kreye zum Schluss. »Er [Timothy McVeigh; Anm. d. A.] hat sich den Mythos der leaderless resistance zu eigen gemacht.« Andrian Kreye, Früchte des Zorns. Timothy McVeigh oder Die paranoide Ideologie der Unterschicht, in: Süddeutsche Zeitung vom 9.6.2001.

20 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.), Verfassungsschutzbericht 1993, Köln 1994, S. 74; dass. (Hg.), Verfassungsschutzbericht 1995, Köln 1996, S. 96.

21 Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.), Neonazistische Kameradschaften in Deutschland, Köln 2000, S. 3.

da die Ansatzpunkte für repressive Maßnahmen auf der Organisationsebene fehlen. Inwieweit »Leaderless Resistance« Einfluss auf die Überlegungen der deutschen Rechtsextremisten zur Organisationsfrage hatte, kann mangels Quellen nicht zweifelsfrei beantwortet werden. Wenngleich die deutsche rechtsextremistische Szene eine eher tentative Organisationsentwicklung durchgemacht hat²², ist es trotzdem offenkundig, dass diese Entwicklung in die gleiche Richtung zielt wie Beams Organisationsstrategie.

Damit die Individuen sich die nötigen Fähigkeiten und Fertigkeiten im Sinne der »Leaderless Resistance« aneignen, kommt in Beams Strategie der Mediennutzung eine entscheidende Rolle zu: »Organs of information distribution such as newspapers, leaflets, computers, etc., which are widely available to all, keep each person informed of events, allowing for a planned response that will take many variations.«²³ Die Weiterentwicklung der Möglichkeiten der Binnenkommunikation durch das Internet, etwa durch E-Mails oder geschlossene Foren, stärkt die Fähigkeiten der Bewegung zur organisatorischen Flexibilität, wie sie Beam in seinem Vergleich mit dem Nebel vorschwebt. Dies wird auch in Deutschland von Aktivisten der freien Kameradschaften so wahrgenommen. So konstatiert das Bundesamt für Verfassungsschutz im Dezember 2000: »Zwar betreiben bislang noch nicht alle Kameradschaften eine eigene Homepage im Internet, doch hat dieses Medium eine mittlerweile herausragende Bedeutung. Hier wird die Kameradschaft vorgestellt und Termine für Veranstaltungen, vor allem auch Demonstrationen, werden bekannt gegeben. Ferner finden sich in den Homepages automatisierte Verbindungen (Links) oft zu mehreren Dutzend Homepages in- und ausländischer Gesinnungsgenossen.«²⁴ Diese Entwicklung dürfte sich in der Zwischenzeit mit der weiteren Verbreitung des Internet noch verstärkt haben.

Inwieweit das Internet tatsächlich die organisatorische Flexibilität befördert hat, bleibt dennoch fraglich. Bislang hat die Nutzung eher symbolische Wirkung gezeitigt, die vornehmlich in vermehrter öffentlicher Aufmerksamkeit und einer modernen Selbstdarstellung besteht.²⁵ Diese schwindet aber mit dem Einzug des Internet in den Alltag vieler Menschen. Die damit verbundene steigende Anzahl von rechtsextremen Nutzern und ihre wachsenden Kompetenzen bei der Nutzung erhöhen die Chancen für eine effektivere Vernetzung der Bewegung. Gleichzeitig ist aber das Bildungsniveau der Basisaktivisten und Sympathisanten meistens eher gering²⁶, weshalb man angesichts des engen Zusammenhangs von

Bildungsniveau und Nutzung vorerst von einem geringen Vernetzungsniveau und damit einer geringen Zunahme der organisatorischen Flexibilität der Bewegung ausgehen kann.

5. Aktionsstrategie

Als sich die rechtsextreme Szene nach der deutschen Wiedervereinigung im Aufschwung befand, veröffentlichte der Hochschulbund der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NHB) im Juni 1991 in seiner Zeitschrift »Vorderste Front. Zeitschrift für politische Theorie und Strategie« das Strategiepapier »Schafft befreite Zonen«. Nachdem das Papier seit Mitte der Neunziger auch im Thule-Netz kursierte, findet es mittlerweile auf den einschlägigen – auch internationalen – Webseiten Verbreitung. Unter »befreiten Zonen« verstehen die Verfasser: »Bereiche, wo der zentrale Widerspruch unserer Zeit, nämlich der Widerspruch Identität/Entfremdung zugunsten der Identität aufgelöst wird. Es sind Orte der Geborgenheit, des Dazugehörens, der Wärme, der Solidarität. Sie sind Heimat für die Heimatlosen. Befreite Zonen sind sowohl Aufmarsch- als auch Rückzugsgebiet für die Nationalisten Deutschlands.«²⁷ Mit anderen Worten: In diesen angestrebten Zonen haben Demokratie und Achtung der Menschenwürde keinen Platz. Der Begriff der Zone wird hierbei nicht ausschließlich als geographischer Raum verstanden, sondern ebenso als sozialer Raum. Die »befreiten Zonen« werden in dem Papier aus der Sicht des »politischen Aktivisten« betrachtet. Sie dienen zum einen dazu, eine Gegenmacht zu etablieren: »Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben.« Zum anderen bedeuten sie eine »Klärung (Hervorhebungen im Original, d. V.) unter allen revolutionären Gruppen«²⁸. Damit ist gemeint, dass sich alle zu erkennen geben, die nicht für die aus ihrer Sicht richtige Seite kämpfen.

Inzwischen hat das Strategiepapier einen über die eigene Szene hinausreichenden Bekanntheitsgrad. So wurde im Jahr 2000 der Begriff »National befreite Zonen« zum Unwort des Jahres ausgewählt. Seine Bekanntheit beruht darauf, dass rechtsextremistische Aktivisten die Strategie – fast ausschließlich in Ostdeutschland – in die Tat umsetzten und durch die Verbindung von Selbstdarstellungen der Rechtsextremisten mit einigen Medienberichten die Öffentlichkeit alarmiert wurde. Inwieweit die »befreiten Zonen« eine Gefährdung der Demokratie darstellen, ist umstritten. So warnt Bernd Wagner: »M.E. sollte der Begriff »National Befreite Zonen« nicht unreflektiert verwandt werden. Das hätten die Vordenker der rechtsextremen Szene gerne. Gleichwohl dürfen wir eine Realität nicht verkennen, die wie eine Illustration der geistigen Konstruktion der »NBZ« erscheint.«²⁹ In diesem differenzierenden Sinne konstatiert der Bundesverfassungsschutz für 1999, dass einerseits Rechtsextremisten in einigen sozialen Räumen eine strukturelle wie kulturelle Dominanz errungen haben, insbesondere Jugendzentren stehen in ihrem Fokus, dass es ihnen aber andererseits nicht gelungen ist, die

22 Beispielsweise stellt der Verfassungsschutzbericht 1993 für die militante rechtsextremistische Szene fest, dass sie sich einerseits durch »strukturlose bzw. -arme Zusammenschlüsse« auszeichnet und es andererseits einige »Anhaltspunkte für eine stärkere Organisation« gibt. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.), a.a.O. (Anm. 20), S. 93.

23 A.a.O. (Anm. 18).

24 Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.), a.a.O. (Anm. 21), S. 18.

25 Vgl. Thomas Pfeiffer, a.a.O. (Anm. 10), S. 357.

26 Vgl. bezüglich der Wählerschaft der rechten Parteien in Westeuropa Hans-Georg Betz, Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 3/2002, S. 251-264; hier: S. 258. Vgl. hinsichtlich des Zusammenhangs von Schulbildung und rechtsextremen Orientierungen bei Jugendlichen Marek Fuchs/Siegfried Lamnek/Ralf Wiederer, Querschlager. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt, Opladen 2003, S. 299-300.

27 www.zundelsite.org/german/artikel/tiefe.001.html, 25.3.2003.

28 Ebenda.

29 Bernd Wagner, National Befreite Zonen? – Ein Diskussionsbeitrag, in: Bulletin. Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur, 3/1998, Rechtsextremismus heute. Eine kurze Einführung für Lehramt, Verwaltung, Polizei, Justiz und soziale Arbeit, S. 35-37; hier: S. 35.

vereinzelt »Erfolge« in ein Konzept von weiter reichenden »befreiten Zonen« umzumünzen.³⁰

Dass das Konzept der »befreiten Zonen« inzwischen auch für den virtuellen Raum adaptiert wurde, zeigt bereits der folgende 1997 in der Mailbox »Widerstand« veröffentlichte Aufruf:

»Also hinein in die Datennetze, spricht Euch auf Euren Häusern ab, erlernt die Rituale und dann forsch drauf los. Entwickelt eine Diskussionsstrategie, die vorerst darauf gerichtet sein muss, bekennende oder bekannte Antifa-Zecken und Schalom-Litaneischreiber madig zu machen. Wenn diese sich wehren, muessen wir auch schreien oder besser schreiben. Wir werden sie dadurch isolieren. Wir als scheinbar entschiedene Demokraten aus der rechten Mitte verstehen dann ueberhaupt nicht, warum die Antifas gegen uns die Keulen schwingen und zu uns so intolerant sind. Liberale Scheisserchen verteidigen uns, wenn wir nur geschickt genug argumentieren, fuer uns die Freiheit der Netze verteidigen. So ziehen wir sie und die lesende Mehrheit auf unsere Seite. Die Arbeit, die Antifas aus den Netzen zu ekeln, uebernehmen diese Toleranz-Trottel gerne für uns.

Eines ist besonders wichtig, bestaetigen wir uns gegenseitig mit kleinen Differenzen, es genuegen fuenf Aktive pro Forum und wir beherrschen inhaltlich Themenstellung und Diskussionsverlauf. Wenn's dann soweit ist, koennen wir die Katze aus dem Sack lassen, ueber Vertreibung, alliierten Bombenterror, Ueberfremdung etc. Diskussionen einleiten.«³¹

Inzwischen sind mehrere Fälle bekannt geworden, in denen Rechtsextremisten den Diskurs dominierten. So hatte die Zeitschrift »Stern« auf ihrer Internet-Seite anlässlich der Ermordung von Alberto Adriano im Juni 2000 durch rechtsextreme Skinheads ein Forum eingerichtet mit dem Titel »Stop dem braunen Mob«. Nachdem sich im rechtsextremistischen Forum des »Nationalen Infotelefon« die dortigen Aktivisten auf eine konzertierte Aktion verständigt hatten, erschienen im »Stern«-Forum zahlreiche Beiträge, in denen Rechtsextremismus umgedeutet wurde zu einer Reaktion auf Überfremdung und Ausländerkriminalität. Bei einer Löschung radikaler Beiträge durch die »Stern«-Redaktion beklagten einige Mitdiskutanten umgehend die Beschränkung der Meinungsfreiheit. Andere Forumsteilnehmer, die Rechtsextremismus verurteilten und Engagement dagegen einforderten, wurden übel beschimpft. Erst als sich daraufhin die Betreiber des Forums zu einer Moderation entschlossen, brachen die rechtsextremen Aktivisten ihre Aktion ab.³²

Angesichts des Einwandes von Wagner ist es diskussionswürdig, inwieweit es schon »befreite Zonen« im Internet gibt. Fromm und Kernbach zitieren zustimmend das »jugendschutz.net«, das nach seiner Analyse der einschlägigen Webseiten im Jahr 2000 zu dem Ergebnis kam: »Die rechtsextremistischen Gästebücher gleichen heute vielfach »befreiten Zonen«, in denen unwidersprochen Hasstiraden gegen Minderheiten und Geschichtsklitterung verbreitet werden kann.«³³ Verglichen mit dem realen Raum hieße das

aber, ebenso die Wohnung eines einzelnen Rechtsextremisten als »befreite Zone« zu begreifen. Ein derart inflationärer Gebrauch des Begriffs mündet zwangsläufig in einem völlig überzogenen Bedrohungsszenario. Das Potenzial zu virtuell »befreiten Zonen« ist aber zweifellos vorhanden. Denn die international divergierende Rechtslage zur Verbreitung von rechtsextremer Propaganda ermöglicht es zusammen mit der dezentralen Struktur des Internets den Rechtsextremisten, sich den für sie günstigsten Rechtsraum auszusuchen und sich so der strafrechtlichen Verfolgung zu entziehen. Ferner machen es Verschlüsselungsprogramme für Dritte unmöglich, Einsicht in die Kommunikation zu nehmen. Bei einer geschickten Nutzung der rechtlichen Lücken und technischen Möglichkeiten können Rechtsextremisten sich also der staatlichen Kontrolle nahezu völlig entziehen und auf ihren Webseiten sowie den internen Kommunikationsprozessen ihre eigenen Regeln etablieren.

Freilich muss bezweifelt werden, ob die Rechtsextremen die Möglichkeiten stets geschickt nutzen. Zwar ist weiterhin zu beobachten, dass die Betreiber einschlägiger Webseiten verstärkt anstelle deutscher US-amerikanische Service-Provider nutzen, um die dort weit verstandene Meinungsfreiheit für ihre Propaganda zu missbrauchen. Andererseits gelang es »jugendschutz.net« im Jahr 2002, 115 deutsche Webseiten durch Meldung bei den zuständigen deutschen Behörden oder Zusammenarbeit mit den Internetdiensten sperren oder relevante Teile entfernen zu lassen. Ferner wurden 58 Webseiten gesperrt bzw. relevante Teile entfernt, die über ausländische Host-Provider ins WWW gestellt waren. Diesen Erfolg erzielte »jugendschutz.net«, indem es die Host-Provider auf ihre Allgemeinen Geschäftsbedingungen hinwies, die die Verbreitung von Volksverhetzung ausschließen.³⁴

Neben dem Ziel Gegenmacht aufzubauen, was ansatzweise gelingt, zeigt die große Bandbreite von rechtsextremistischen Webseiten, die durchaus in Konkurrenz zu einander stehen, dass das zweite Ziel, eine Klärung unter den revolutionären Gruppen herbeizuführen, bislang verfehlt wird. Insofern dürften die virtuellen »befreiten Zonen« vorerst als Schlagwort in der Selbstdarstellung und gegenseitigen Selbstbestätigung der Rechtsextremisten eine Rolle spielen, eine Realisierung der Strategie gar mit weit reichenden negativen Konsequenzen für die Demokratie ist in nächster Zeit nicht absehbar.

6. Fazit

Die Analyse bestätigt die These, dass die Strategien für den virtuellen Raum Fortentwicklungen der bisherigen Strategien darstellen. Die Rechtsextremen wollen damit das Potenzial des Internet für eine Erweiterung ihrer Handlungsmöglichkeiten – auch im nicht-virtuellen Raum – erschließen. Zwar gelingt ihnen dies vorerst auf einem eher geringen Niveau. Jedoch kann man zukünftig nicht ausschließen, dass sie ein höheres Niveau und damit demokratiegefährdendes

30 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.), Entwicklungen im Rechtsextremismus in den neuen Ländern, Köln 1999, S. 17.

31 Mailbox »Widerstand«, 1997, zitiert nach: Klaus Parker, Rechtsextremismus im Internet, in: Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hg.), Handbuch Rechtsextremismus, Opladen 2002, S. 129-139; hier: S. 131. Vgl. dasselbe Zitat bei Margret Chatwin, Rechte Strategien für das Internet. Oder: Wie macht man Foren kaputt?, in: www.idgr.de/texte-1/rechtsextremismus/internet/forenterror.html (abgerufen am 27.5.2003). Chatwin hat dieses Zitat allerdings im Usenet-Forum »de.soc.politik.misc« im Februar 1999 gefunden.

32 Vgl. Klaus Parker, a.a.O. (Anm. 31), S. 131.

33 Rainer Fromm/Barbara Kernbach, a.a.O. (Anm. 9), S. 10.

34 Vgl. Jahresbericht jugendschutz.net., Rechtsextremismus im Internet 2002 (www.bmfsfj.de, dort: »Politikbereiche«, Unterpunkt »Kinder und Jugend«, 20.5.2003).

Ausmaß erreichen. Insofern gilt es, die weitere Entwicklung aufmerksam zu verfolgen. Angesichts der verschiedenen Ansatzpunkte der diskutierten Strategien kann es bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus im Internet keinen Königsweg geben. Polizeiliche Repressionsmaßnahmen sind bei Rechts-Terrorismus zwingend erforderlich, laufen aber bei demokratiefeindlichen Beiträgen in Foren, die sich zudem des Mimikry bedienen, ins Leere. Die wehrhafte Demokratie sollte deswegen neben einem handlungsfähigen Staat min-

destens ebenso auf eine aktive Zivilgesellschaft setzen und natürlich den einzelnen Bürger. Denn Demokratie verlangt, mit Theodor W. Adorno gesprochen, eine »Gesellschaft von Mündigen«³⁵.

35 Theodor W. Adorno, *Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmuth Becker 1959-1968*, 4. Aufl., Frankfurt a.M. 1975, S. 107.

Dokumentation

Wozu leisten wir uns die Bundeswehr?

Eine Stellungnahme der Kommission »Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr« am IFSH zur Neufassung der Verteidigungspolitischen Richtlinien

Bundespräsident Johannes Rau hat in seiner »Berliner Rede« vom 19. Mai verstärkte *politische* Anstrengungen zur Vermeidung gewalt-samer internationaler Konflikte gefordert und davor gewarnt, den Einsatz militärischer Mittel zunehmend als Selbstverständlichkeit zu betrachten. »Ich sehe allerdings die Gefahr, dass wir von »ultima ratio« reden, dass in Wirklichkeit aber ein Gewöhnungsprozess einsetzen könnte, an dessen Ende militärische Intervention und Krieg ein Instrument unter vielen ist.« Dass diese Sorge keineswegs unbegründet ist, zeigte sich nur zwei Tage später, als die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien der Öffentlichkeit präsentiert wurden. Sie sehen für die Bundeswehr künftig weltweite Aufgaben vor, nachdem ihr der eigentliche Verteidigungsauftrag abhanden gekommen ist. Aus diesem Anlass hat die Kommission »Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr« am IFSH ihre Arbeit wieder aufgenommen. Die aus Wissenschaftlern und Militärs zusammengesetzte Kommission befasste sich erneut mit der sicherheitspolitischen Lage und dem künftigen Auftrag der Bundeswehr. Sie kommt dabei zu folgenden Ergebnissen:

1. Rechtliche Grundlagen

Die neuen Richtlinien weisen ohne Frage eine ganze Reihe positiver Elemente auf. Dazu gehört – neben der Absicht, sie künftig regelmäßig zu überprüfen und weiterzuentwickeln (Ziff. 8), ihrem multilateralen Ansatz (Ziff. 11) sowie der Betonung der Bedeutung von »Abrüstung und Rüstungskontrolle (als) wesentliche Faktoren der globalen Sicherheitsordnung« (Ziff. 29) – insbesondere die unmissverständliche Feststellung, dass »Grundgesetz und Völkerrecht ... die Grundlage für alle Einsätze der Bundeswehr« bilden (Ziff. 37). Die Kommission wird die Einlösung dieser Norm in der politischen Praxis aufmerksam beobachten.

2. Veränderter Auftrag

In den Richtlinien wird als sicherheitspolitische Grundaussage festgestellt: »Eine Gefährdung deutschen Territoriums durch konventionelle Streitkräfte gibt es derzeit und auf absehbare Zeit nicht« (Ziff. 9). Dies ist ebenso zutreffend wie die daraus abgeleitete Schlussfolgerung:

»Ausschließlich für die herkömmliche Landesverteidigung gegen einen konventionellen Angreifer dienende Fähigkeiten werden angesichts des neuen internationalen Umfeldes nicht mehr benötigt. Sie können zudem angesichts der knappen, zur Schwerpunktbildung zwingenden Ressourcenlage nicht mehr erbracht werden, ohne dass sich dies nachteilig auf die künftig erforderlichen Fähigkeiten auswirkt« (Ziff. 62) – eine späte, in der Sache jedoch völlig richtige Erkenntnis. In diesem Zusammenhang bleibt lediglich anzumerken, dass die daran anknüpfende Forderung der Befähigung zur »Rekonstitution« (Ziff. 12) nicht zur Legitimation dafür herangezogen werden darf, die derzeitigen Überkapazitäten doch wieder nur in unzureichender Weise abzubauen.

3. Wehrpflicht

Vor dem Hintergrund der zutreffenden Lageanalyse ist jedoch zu fragen, ob das Festhalten an der allgemeinen Wehrpflicht mit den in den Richtlinien genannten Begründungen (Ziff. 16) wirklich zu rechtfertigen ist – oder ob sich im Gegenteil gerade dieses Festhalten nicht immer mehr als Hindernis dafür erweist, die in den Richtlinien genannten künftigen Aufgaben auch effizient zu meistern.

4. Internationale Sicherheitsstrukturen

Zutreffend ist auch die Feststellung, »die fortschreitende Erweiterung und Vertiefung der euroatlantischen Sicherheitsstrukturen schaffen einen weltweit einzigartigen Stabilitätsraum« (Ziff. 30). Verblüffend, ja grotesk erscheint jedoch die daraus abgeleitete Konsequenz: »Die Öffnung von NATO und EU ... verlangt aber auch, mehr Pflichten zu übernehmen« (ebd.). Wieso das? Das Nordatlantische Bündnis wird *noch* stärker – und dennoch sollen den einzelnen Mitgliedstaaten nicht etwa weniger, sondern *mehr* Belastungen auferlegt werden? Soweit ist es also gekommen: Früher wurden die eigenen militärischen Potentiale durch (echte oder vermeintliche) Bedrohungen bestimmt, heute offensichtlich durch die Aufwendungen und Fähigkeiten der Verbündeten (vor allem der USA). Die NATO führt, so gesehen, nichts anderes als einen absurden Rüstungswettlauf mit sich selbst.

5. Weltweiter Einsatz

Problematisch erscheint auch ein anderer Punkt: »Künftige Einsätze